Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 562. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 1. Dezember 1863.**

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 30. Nov. Aus Flensburg wird gemeldet, daß zwei in Nordschleswig rekrutirte Bataillone daselbst mit dem Gesang „Schleswig-Holstein" eingerückt sind.

Preußen.

Berlin, 30. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem königlich niederländischen Residenten O. van Polanen-Petel auf Java den königlichen Kronenorden zweiter Klasse, dem Lieutenant a. D. und Bürgermeister Graubmann zu Tuchel im Kreise Konitz, dem Steuer-Einnehmer Koeppen zu Forst im Kreise Sorau, dem Kreis-Wundarzt Flierdt zu Kempen im Regierungsbezirk Düsseldorf und dem Wundarzt Niederheitmann zu Kettwig im Kreise Essen den rothen Adlerorden vierter Klasse, so wie dem Schullehrer und Cantor Bergan zu Förstgen im Kreise Rothenburg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Militär-Ober-Prediger Herrmann Wilhelm Korten zum Consistorialrath und Mitglied des Consistoriums der Rheinprovinz zu ernennen; die Wahl des Oberlehrers am Pädagogium des Klosters Unserer lieben Frauen in Magdeburg, Professors Dr. Haacke, zum Director des Gymnasiums in Torgau zu bestätigen; dem praktischen Arzt Dr. Stroheim zu Gleiwitz den Charakter als Sanitätsrath, so wie dem Ober-Amtmann Diener in Przydworz den Charakter als Amtsrath und dem Photographen Numa Blanc zu Paris das Prädikat eines königlichen Hof-Photographen zu verleihen.

Der bisherige Privat-Docent Dr. E. Hübner hierselbst ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der hiesigen königlichen Universität ernannt worden. — Der praktische Arzt ꝛc. Dr. Fischer in Spenge ist zum Kreisphysikus des Kreises Halle in Westfalen ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: den Kammerdienern Grueder und Rother, sowie dem Garderobier Ebert vom Hofstaat des hochseligen Prinzen Friedrich von Preußen königlicher Hoheit, die Erlaubniß zur Anlegung der von des Herzogs von Sachsen-Altenburg Hoheit ihnen verliehenen, dem herzoglich sachsen-ernestinischen Hausorden affiliirten silbernen Verdienst-Medaille zu ertheilen.

[Se. Maj. der König] wohnten gestern der Einweihungsfeier der neu ausgebauten Dorotheenstädtischen Kirche bei und nahmen vor und nach dem Gottesdienste die Vorträge des Ministerpräsidenten, des Kriegs-Ministers und des Ministers des königlichen Hauses entgegen. Heute empfingen Se. Majestät die militärischen Meldungen im Beisein des Commandanten und dann, behufs des Vortrags, das Civil-Cabinet. (St.-Anz.)

[J. Maj. die Königin] wird, dem Vernehmen nach, übermorgen von Weimar hier erwartet.

[Das Staatsministerium] trat gestern Abend von 8—11 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

K. C. **Berlin,** 30. Nov. [Die Wahl des Herrn v. d. Heydt] Die IV. Abtheilung des Hauses der Abgg. „hat heute die Vorprüfung der Wahl" des Abg. v. d. Heydt beendet. Mit 19 gegen 11 Stimmen ist beschlossen worden, die Ungiltigkeitserklärung zu beantragen. Es handelt sich dabei namentlich um ein vor der Wahl in dem Kreisblatt des betreffenden Wahlbezirks erschienenes Inserat, wonach Hr. v. d. Heydt für den Fall seiner Wahl zu Gunsten des Bezirks auf die Diäten verzichten würde. Die Abtheilung führt dies Inserat nicht auf Herrn v. d. Heydt persönlich zurück, sieht darin nur ein Parteimanöver, ist aber der Ansicht, daß bei dem jetzt gerade von oben her behaupteten amtlichen Charakter der Kreisblätter in einer solchen anonymen Verheißung eine durchaus unerlaubte und gleich beim ersten Versuch zurückzuweisende Wahlbeeinflussung vorliege. Die Frage ist sehr eingehend in der Abtheilung besprochen, und es steht der Majorität, wie oben erwähnt, eine nicht unerhebliche Minorität entgegen. Zu einer Beanstandung der Wahl wird es, wie es scheint, jedenfalls kommen.

[Die schleswig-holsteinische Angelegenheit.] Das allgemeine Interesse ist in den Abgeordnetenkreisen begreiflicherweise fortwährend der schleswig-holsteinischen Sache zugewandt. Wie die verschiedenen Ansichten im Hause der Abgeordneten sich gruppiren, ist aus den drei vorliegenden Anträgen — dem der Commission, welchem die große Majorität sicher ist, dem der conservativen Fraction und dem der Abg. Waldeck und Genossen — im Voraus ersichtlich, nur daß über die Absicht der katholischen Fraction des Centrums noch nichts Bestimmtes verlautet. Die Polen werden sich wahrscheinlich der Abstimmung enthalten. — Ueber die Entschließung des Ministeriums ist etwas Bestimmtes noch nicht bekannt. Die Gerüchte darüber lauten im höchsten Grade bedenklich; es heißt, man sei in unsern regierenden Kreisen geneigt, mit Oesterreich zusammen auf einen Protest gegen die neue Verfassung von Dänemark-Schleswig, d. h. gegen die Incorporation Schleswigs sich zu beschränken und man sehe selbst diesen Schatten einer Action nicht für sehr dringlich an, da die Verfassung ja erst mit nächstem Januar in Kraft treten solle. Einer wirklich nationalen Auffassung dieser ganzen Sache stehen die regierenden Kreise offenbar sehr fern, und es muß leider nach allen vorliegenden Nachrichten für nur zu wahrscheinlich gelten, daß das Ministerium der nationalen Bewegung, die jetzt wieder durch ganz Deutschland geht, auf das Bestimmteste entgegentreten wird. An entscheidender Stelle ist freilich glücklicherweise eine der Augustenburgischen Erbfolge günstige Tendenz hervorgetreten, aber es muß dahingestellt bleiben, ob dieselbe sich gegen die Versuche behaupten wird, die nationale Bewegung als eine revolutionäre darzustellen, welche lediglich der Demokrate zugute kommen werde. Als ganz sicher ist anzunehmen, daß die Gefahr, das jetzige System werde aus der schleswig-holsteinischen Sache in einem scheinbar nationalen Sinne politisches Kapital für sich selbst zu machen versuchen, durchaus nicht vorhanden ist.

[In Bezug auf die Wahluntersuchungs-Commission] schreibt die „Kreuzz.": „Wir sind fest überzeugt, daß die Regierung ihren Beamten auf das Bestimmteste verbieten wird, diesen Herren Untersuchungs-Commissarien irgend eine schriftliche oder mündliche Auskunft zu geben. Sollte ein Beamter es aber dennoch thun, so hätte er die Amtsverschwiegenheit gebrochen (Da hört denn doch Alles auf!) und würde die Folgen seines Mißverhaltens sich selbst zuzuschreiben haben. Das Ministerium — denken wir — wird in der Lage sein, es zu verhindern, daß diese Commission in Function trete und etwa eine Aufregung durchs Land trage, deren Folgen unberechenbar wären." (Um so schlimmer, wenn der Commission Hindernisse in den Weg gelegt werden würden; der Argwohn und daß Mißtrauen hätte dadurch nur neue Nahrung. D. Red.)

[Folgende höchst wichtige Nachricht] bringt die „Norddeutsche Allg. Ztg.": Die vereinigten Ausschüsse des Bundestages sind mit der Berichterstattung über die verschiedenen Anträge in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit beschäftigt. (Nun, wenn sie nur beschäftigt sind!!)

[Erhaltung des Zollvereins.] Nach den zur Zeit innerhalb der hiesigen Zollkonferenz zu Tage tretenden Anschauungen gewinnt die Hoffnung auf eine Einigung auch in den prinzipiellen Fragen und auf eine Erhaltung des Zollvereins in seinem gegenwärtigen Bestande mit jedem Tage festere Basis. Theils die entschiedene Festigkeit der preußischen Regierung, theils das allseitige Entgegenkommen bei der Behandlung der Tariffragen, theils aber auch die sich herabstimmenden Prätensionen Oesterreichs werden hoffentlich schließlich gemeinsam dies erwünschte Resultat erzielen lassen. Die gegenwärtig begonnene Woche dürfte für die hier in Rede stehenden Berathungen entscheidend werden, da heute mit den fraglichen Erörterungen innerhalb der Zollkonferenz begonnen wird.

[Die englische Kanalflotte.] Die Nachricht, die auf telegraphischem Wege in den letzten Tagen hierher gelangt war, daß die englische Kanalflotte Befehl erhalten habe, unter Kommando des Vice-Admirals Dacres von Spithead nach Kopenhagen in See zu gehen, ist sicherem Vernehmen nach irrig. Ein großer Theil der Kanalflotte geht vielmehr nach Lissabon, ein anderer Theil folgt eben dorthin im Dezember.

Danzig, 28. Nov. [Marine.] Die kriegsmäßig ausgerüstete und mit gezogenen Geschützen armirte Schrauben-Korvette „Arcona" ist heute Mittags von der königlichen Werft nach der Rhede hinausbugsirt worden. Das Commando derselben soll Lieut. z. S. I. Kl. Werner übernehmen und das Schiff in Swinemünde stationirt werden. (Danz. D.)

Thorn, 26. Nov. [Beschlagnahme von Blei.] Nachstehender Vorfall macht in der hiesigen kaufmännischen Welt viel Aufsehen. Am 10. Oktober d. J. hielt der Polizeiverwalter, Schulze D. zu Ostromecko, in Begleitung von fünf Militärpersonen daselbst den Schiffer Bohlmann an, revidirte den Kahn desselben und nahm 5 Mulden spanischen Bleies, welches an den hiesigen Kaufmann G. P. durch einen Frachtbrief adressirt war, in Beschlag. Der Letztbezeichnete wandte sich klagend gegen den Schulzen an den Vertreter der königl. Staatsanwaltschaft zu Culm, so wie Beschwerde führend an die königl. Regierung zu Marienwerder. Am 15. d. M. erhielt G. P. von der ersteren Behörde den Bescheid, daß Schulze D. seine Amtsgewalt nicht gemißbraucht hätte, „weil beim vorläufigen Anhalten des Bleies nicht feststand, ob diese Sendung unter den die Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterialien nach Polen verbietenden Erlaß des Herrn Finanzministers vom 12ten Februar 1863 zu subsumiren sei." Indeß Thorn liegt nicht in Polen und war das Blei an einen hiesigen Kaufmann adressirt. Der Bescheid der kgl. Regierung zu Marienwerder vom 22. November d. J. lautet dahin, daß der Schulze das Blei mit Recht angehalten habe, weil die Ausfuhr von Blei verboten sei. Schließlich spricht die königl. Regierung ihr Bedauern aus, daß durch die Beschlagnahme des Bleies eine Geschäftsstörung verursacht worden sei. Herr G. P. hat gegen diesen Bescheid beim königl. Ministerium des Innern Rekurs eingelegt. Es ist auch unschwer ersichtlich, daß das Ministerium bei Erlaß des Ausfuhrverbots vom 12. Februar d. J. nicht gemeint habe, jeder an der Weichsel wohnende Schulze dürfe nun auf Grund jenes Erlasses Schiffe revidiren, so wie Waaren preußischer Geschäftsleute anhalten. — Aus Polen wird uns mitgetheilt, daß der jenseitige Grenz-Cordon militärisch wieder vollständig besetzt ist. Dagegen ist die Zufuhr von Manufacturwaaren und Colonialwaaren nach Warschau, namentlich mit Rücksicht auf russische Abnehmer nicht unbedeutend.

Deutschland.

Frankfurt, 29. Nov. [Versammlung Reichsunmittelbarer und Schlägerei unter Reichsmittelbaren.] Gestern und vorgestern fand dem „Fr. J." zufolge in dem „Russischen Hof" eine Versammlung von ehemals reichsunmittelbaren mediatisirten Fürsten und Grafen statt. Von den Theilnehmern nennen wir den Fürsten von Fürstenberg, die Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst-Waldenburg, Langenburg und die Grafen von Solms-Laubach, Schönborn, Ortenburg und Pappenheim. Ueber den Zweck der Versammlung verlautet nichts Näheres, glaubhaft hören wir versichern, daß man sich über gemeinsame Schritte verständigt habe, welche mit der Bundesreform in Beziehung stehen. — Die „N. Frankf. Zeitung" berichtet vom 29. d.: Schon seit einigen Abenden fanden zwischen den hier garnisonirenden Bundestruppen, den österreichischen und baierischen auf der einen, den preußischen auf der anderen Seite bedauerliche Reibungen statt, die gestern nach 8 Uhr in der Fahrgasse ihren Höhepunkt durch eine allgemeine Schlägerei mit blanken Waffen erreichte. Bei der Arrestation einiger Baiern nahmen die Civilisten Partei für dieselben, zogen mit der Patrouille vor die Hauptwache und verlangten die Herausgabe der Verhafteten. Die Menge wuchs immer mehr, „Schleswig-Holstein" und das „Vaterlandslied" wurden gesungen und „Preußen hinaus" gerufen. Beim Erscheinen einer preußischen Patrouille zog sich die Menge zurück und rief: „Bismarck, Bismarck!" Ein preuß. Patrouillenführer befahl in der Liebfrauenstraße, jeden, der „Bismarck" rufe, zu verhaften. Hinter der Fronte der Preußen sammelte sich die Menge von Neuem. Der Offizier commandirte „Kehrt" und ließ seine Patrouille mit gefälltem Bayonnet nach der Zeil marschiren. Die Straßenjungen riefen wieder „Bismarck". Ein Preuße sprang gegen das Pfaff'sche Haus vor und stach nach mehreren Personen. Nun erreichte der Lärm seinen Höhepunkt. Der Offizier ließ laden und zog sich gegen die Hauptwache zurück, wo der commandirende General, der Stadt-Commandant, der Polizei-Senator Spelz, Commissare Nebel, Rumpf und Ulrici sich befanden. Der Senator befahl nun der Schutzmannschaft, die Leute mit freundlichen Worten zu entfernen, was auch geschah, und die Menge folgte pünktlich den Aufforderungen unserer Obrigkeit.

Wiesbaden, 26. Nov. [Die Wahlen zu der nassauischen zweiten Kammer] sind nun beendigt. Das Land hat eine sehr deutliche Antwortung gegeben auf die Behauptung der augsburger „Allg. Ztg.", daß Nassau großdeutsch und gegen den Handelsvertrag sei. Von den 24 gewählten Abgeordneten gehören 18, also drei Viertel, der Fortschrittspartei an, darunter Lang (das bekannte Mitglied des Ausschusses des Nationalvereins und des Abgeordnetentages), der einstimmig durch die Stimmen aller Wahlmänner hier in der Hauptstadt, und Dr. Braun, der Vorkämpfer des Handelsvertrages und der Tarif-Reform, der in Rüdesheim im Rheingau gewählt ist. Das Viertel, welches übrig bleibt, besteht aus 5 Clericalen, welche in dem streng-katholischen Landestheile gewählt sind, und einem Amtmann, der in dem wirthschaftlich verkommenen Wahlbezirke Rennerod gewählt wurde. Letzterer ist der einzige Gouvernementale in der ganzen Kammer, und es ist nicht zu erwarten, daß diese eine Schwalbe für die Regierung einen Sommer macht. Die specifisch „Großdeutschen" sind überall glänzend durchgefallen, namentlich auch der Präsident des nassauischen Reformvereins, Dr. Heydenreich, der in dem Wahlbezirke Königstein es nur auf 18 Stimmen von 92 brachte. Als neulich der Herzog aus den Händen Heydenreich's die von den Großdeutschen mit nicht sehr wählerischen Mitteln zu Stande gebrachte Dankadresse für Förderung der österreichischen Reform-Akte auf dem frankfurter Fürsten-Congresse entgegennahm, ertheilte er eine Antwort, aus der klar hervorging, daß er der Meinung war, das ganze Land bis auf eine winzige Minorität sei großdeutsch gesinnt. Der Herzog hat nun Gelegenheit, zu prüfen, ob die Leute, welche ihm dies gesagt haben, wahrheitsliebend sind. (Nat.-Z.)

Hannover, 27. Nov. [In der heutigen Sitzung der Vorsynode] brachte Professor Ewald folgenden Urantrag ein: „In Erwägung, daß ein amtlich berechtigter gleichzeitiger Gebrauch zweier Katechismen entgegengesetzter Richtung in einer Landeskirche niemals Frieden und Segen bringen kann; in weiterer Erwägung, daß der Versuch einer Einführung des von dem bei weitem größten Theile aller Gemeindemitglieder zurückgewiesenen neuen Katechismus vom Jahre 1862 noch immer viel zur Störung des Friedens unserer Landeskirche beiträgt, wolle die Vorsynode an das Cultusministerium den Antrag richten: Dasselbe möge die von der Landeskirche mit dem lebhaftesten Danke aufgenommene königliche Verordnung vom 19. Aug. v. J. in dem Sinne zur Anwendung kommen lassen, daß der alte Landes-Katechismus in den Schulen aufrichtig als der allein giltige gebraucht werde, bis ein neuer, wahrhaft besserer unseren Gemeinden entweder bloß unmittelbar von der künftigen Landessynode oder zugleich mittelbar von einer bald zu hoffenden allgemeinen Synode der Deutschen evangelischen Kirche zur Einführung empfohlen werde." (Magd. Z.)

Koburg, 25. Nov. [Die Flottengelder.] Nach einer gestern Nachts hier eingegangenen telegraphischen Depesche haben die Herren v. Bennigsen und Fries im Auftrage des Ausschusses des National-Vereins dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein die Flottengelder des Nationalvereins im Betrage von etwa 110,000 Fl. zur Verfügung gestellt, und hat der Herzog dies Anerbieten angenommen. (N. C.)

In Sachen Schleswig-Holsteins.

[Die österreichisch-preußische Erklärung am Bundestage.] Die Erklärung, welche Preußen und Oesterreich über die Zulassung des dänischen Gesandten in der Bundestagssitzung am 28. abgegeben haben, lautet wie folgt:

„Die Stellung der kaiserlich österreichischen und der königl. preußischen Regierung ist durch den Vertrag bedingt, welchen beide in Gemeinschaft mit den Regierungen von Frankreich, Großbritannien, Rußland und Schweden 1852 in London mit der Krone Dänemark abgeschlossen haben, nachdem die Vorbedingungen desselben durch Verhandlungen mit Dänemark im Laufe der Jahre 1851 u. 52 festgestellt worden waren. Beide allerhöchste Regierungen fassen die Gesammtheit dieser Verabredungen als ein untrennbares Ganzes auf, welches durch den londoner Vertrag seinen Abschluß erhalten hat. Nachdem der Fall, welchen dieser Vertrag im Auge hatte, nunmehr eingetreten ist, sind beide allerhöchste Regierungen zur Ausführung des Vertrages bereit, wenn die Krone Dänemark ihrerseits die vorgängigen Verabredungen ausführt, deren Verwirklichung eine Voraussetzung der Unterzeichnung des londoner Vertrages durch Preußen und Oesterreich bildete. Die Succession in Lauenburg steht dem König Christian nach Ansicht beider allerhöchsten Regierungen auch dann zu, wenn der londoner Vertrag hinfällig wird, nachdem der nächstberechtigte Erbe weiland König Friedrichs, der Prinz Friedrich von Hessen, seine Rechte auf König Christian übertragen hat. Die Zulassung des vom Könige von Dänemark für Lauenburg ernannten Gesandten in dem Maße, wie die Vertreter der einzelnen Bestandtheile stimmberechtigter Curien zur Theilnahme an den Sitzungen berechtigt sind, erscheint daher nicht anfechtbar. Für Einräumung des auf der Gesammtcurie Holstein und Lauenburg ruhenden Stimmrechts aber vermögen beide allerhöchste Regierungen nur dann zu votiren, wenn der König Christian diejenigen Zusagen erfüllt, im Vertrauen auf welche beide Mächte den londoner Vertrag, welcher ihnen gegenüber den Successionstitel des Königs in Holstein bildet, angenommen haben."

[Friedrich Wilhelm IV. über die schleswig-holsteinische Frage.] Die „Rh. Z." erinnert an das Schreiben, weches der verstorbene König Friedrich Wilhelm IV. im Jahr 1848 an den Herzog von Augustenburg, den Vater des jetzigen Herzogs von Schleswig-Holstein, gerichtet hat. Es lautet:

„Durchlauchtigster Herzog!

Auf Ew. Durchlaucht Schreiben vom heutigen Tage in Betreff des bedrohlichen Zustandes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein eröffne ich Ihnen hiermit Folgendes: Ich habe mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte Anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach außen und im Innern nach Kräften zu erhalten. Zu diesem bestehenden Rechte rechne ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welches in den, die Rechte des Königreichs Dänemark in keiner Weise verletzenden Sätzen ausgesprochen ist:

1) daß die Herzogthümer selbstständige Staaten sind,
2) daß sie fest miteinander verbundene Staaten sind,
3) daß der Mannesstamm in den Herzogthümern herrscht.

In diesem Sinne habe ich mich bereits beim Bundestage erklärt, und bei diesem bestehenden Rechtsverhältnisse bin ich bereit, in Betracht des Bundesbeschlusses vom 17. Sept. 1846, die Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen etwaige Uebergriffe und Angriffe mit den geeignetsten Mitteln zu schützen. Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht, und bin entgegengesetzten Falls der festen Zuversicht, daß meine deutschen Bundesgenossen, gleich mir, zum Schutze derselben herbeieilen werden. Mit aufrichtiger Freundschaft verbleibe ich Ew. Durchlaucht freundwilliger Vetter Friedrich Wilhelm. Berlin, den 24. März 1848."

In diesem Schreiben ist das Staatsrecht, wie es in dieser Frage zur Geltung kommen muß, offen und klar ausgesprochen.

Darmstadt, 26. Nov. [Kammerbeschluß in der schleswig-holsteinischen Sache.] Vor Schluß der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erbat sich noch der Abg. Metz das Wort, um einen weiteren Antrag über die schleswig-holsteinische Sache einzubringen. Der Streit um Schleswig-Holstein, sagte er, sei keine Parteisache, sondern eine mit der Ehre und Existenz des ganzen deutschen Volkes verflochtene Frage. Inzwischen hätten die Verhältnisse nicht den gewünschten Fortgang genommen. Die beiden deutschen Großmächte seien nicht so bereitwillig, wie es im Interesse der guten Sache sein sollte, und die kleineren Bundesstaaten, die sich anfangs geneigter zu einem energischen Vorgehen gezeigt, seien hierdurch gehemmt. Hiernach sei zu vermuthen, daß in der heutigen Bundestagssitzung nur eine Sequestration Holsteins beschlossen würde und damit sei nicht das erreicht, was erreicht werden müsse. Er stelle deshalb den Antrag, daß die Kammer durch ihren Präsidenten sofort unter Mittheilung des neulich gefaßten Beschlusses in der schleswig-holsteinischen Sache, an den Ministerpräsidenten Dalwigk das Ersuchen richte, daß er, wo möglich noch telegraphisch, den diesseitigen Bundestagsgesandten anweise, nicht blos für eine Sequestration der Herzogthümer Schleswig und Holstein zu stimmen, sondern sich denjenigen Regierungen anzuschließen, welche für alsbaldige Anerkennung des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein und für Ergreifung der hiernach nöthigen Maßregeln stimmen und wirken. Nach einer kurzen zustimmenden Bemerkung des Abgeordneten Hofmann von Friedberg nahm die Kammer ohne weitere Discussion diesen Antrag einstimmig an. In Folge desselben begab sich auch der Präsident der Kammer, Hofgerichtsrath Strecker, sofort nach der Sitzung zum Ministerpräsidenten v. Dalwigk. Der Letztere soll im Allgemeinen günstig geantwortet, eine bestimmte Erklärung aber nicht abgegeben haben.

Die „Darmstädter Zeitung" enthält heute folgende officiöse Verwahrung:

„Das Organ der Fortschrittspartei hat nicht unterlassen können, die Nachricht von dem Beschlusse der zweiten Kammer in der schleswig-holsteinischen Sache mit einem Seitenhieb auf die Regierung zu begleiten. Es bemerkt, daß an dem Ministertische Niemand erschienen gewesen sei und giebt in seiner Weise den Lesern zu verstehen, der Minister habe aus Mangel an Interesse für jene National-Angelegenheit unterlassen, die Sitzung zu besuchen. Diese Andeutung ist ebenso grund- als sinnlos. Die schleswig-holsteinische Frage stand nicht auf der Tagesordnung für die fragliche Sitzung der zweiten Kammer und hätte sie auch darauf bestanden, so wäre es dennoch durchaus unstatthaft, aus dem Nichterscheinen der Regierung in jener Sitzung zu schließen, daß es dem Minister an warmem Interesse für die Sache Schleswig-Holsteins fehle."

Dresden, 29. Nov. [Die Feigheit des Welfen-Königreichs.] Der „Kreuzztg." wird geschrieben: Daß Hannover sich weigerte, an der Bundes-Execution gegen Holstein Theil zu nehmen, kann ich Ihnen aus bester Quelle bestätigen. Nach der nationalen Rolle, welche dieses Königreich von jeher in dieser Angelegenheit — in den Bundesprotokollen mit Anträgen, Erklärungen und Abstimmungen — gespielt hat, muß dieses thatsächliche Dementi seiner bisherigen Haltung allerdings ein wenig überraschen. Sei es nun weise Fürsorge für die eigenen Mittel oder für die von jenseits des Meeres bedrohten Handelsschiffe; sei es, daß man die Auslage der entstehenden Kosten fürchtet, genug, Hannover will nur gegen Garantien von Oesterreich und Preußen mit unserem Contingent zusammen einrücken. Wir werden daher wohl binnen Kurzem ein österreichisch-preußisches Reserve-Corps an den Ufern der Elbe das Winterlager beziehen sehen.

Göttingen, 27. Novbr. [Für Schleswig-Holstein.] Soeben verhandelten Magistrat und Bürgervorsteher-Collegium über eine an Se. Majestät abzusendende Adresse für Schleswig-Holstein. Der Obergerichtsanwalt Miquel wies hin auf die von allen Seiten bestätigten betrübenden und aufregenden Gerüchte, daß die Bundesversammlung die Bundesexecution (was eine Anerkennung des Dänenkönigs) oder eine Sequestration (was eine Nichtanerkennung des rechtmäßigen Landesherrn gleichstände) beschließen werde, und daß der Gesandte Hannovers in keiner Weise den Bestrebungen für entschiedenes Vorgehen sich angeschlossen habe, daß sogar vielfach behauptet werde, auch unsere Regierung habe das londoner Protokoll mitgenehmigt; und er beantragte eine energische, die Aufregung der hiesigen Bevölkerung über diese Nachrichten constatirende Vorstellung an das Gesammtministerium, mit der Bitte, dasselbe möge mit aller Entschiedenheit dem einfachen Rechte und der klaren nationalen Pflicht gemäß gegen die Fortsetzung der Bundesexecution, gegen den Sequester und für Anerkennung des Herzogs Friedrich VIII. und Säuberung des Bundeslandes Holstein vom Feinde eintreten. — Der Antrag wurde, allseitig gebilligt, einstimmig angenommen und seine sofortige Ausführung beschlossen.

London, 28. Nov. [Die Depesche Lord Russell's.] Eine unterm 23. d. Mts. an den englischen Botschafter in Berlin, Sir A. Buchanan, gerichtete Depesche Lord Russell's, des britischen Ministers des Auswärtigen, lautet wie folgt:

Auswärtiges Amt, 23. November 1863.

Sir! Ihrer Majestät Regierung hat aus einem von Sir Alexander Malet (englischem Gesandten am Bundestage) erhaltenen Telegramm zu großem Bedauern ersehen, daß die Ansprüche, die der Prinz Friedrich von Augustenburg an die Nachfolge in den Herzogthümern Schleswig und Holstein erhebt, seitens des badischen Gesandten, der dabei als ein Beauftragter des Prinzen handelte, vor den Bundestag gebracht und die dadurch angeregten Fragen einem Comite überwiesen worden sind. Bei diesem Stande der Dinge hält es Ihrer Majestät Regierung für gerechtfertigt, Sie ohne Zeitverlust wissen zu lassen, daß Ihrer Majestät Regierung keinen anderen Weg als den einer gewissenhaften Beobachtung aller der durch den Vertrag vom 8. Mai 1852 eingegangenen Verpflichtungen einschlagen kann. Dieser Vertrag aber verpflichtet Ihrer Majestät Regierung, in Gemeinschaft mit den anderen Unterzeichnern desselben, unter Innehaltung der im Vertrage selbst angegebenen Folgen, Se. Hoheit den Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und seine männliche Nachkommenschaft in directer Linie aus seiner Ehe mit der Prinzessin Louise von Hessen, als im Besitze des Erbfolgerechts für alle damals unter dem Scepter Sr. Majestät des Königs von Dänemark vereinigten Landestheile anzuerkennen. — Ihrer Majestät Regierung erwartet, daß die Mächte, welche jenen Vertrag unterzeichneten oder ihm zustimmten, dieselbe Stellung zur Frage nehmen werden. Ich bin ꝛc. (gez.) Russell. — (Das „Warten" kann man natürlich „Ihrer Majestät Regierung" nicht verwehren, aber zur Ehre Deutschlands wollen wir hoffen, daß sie ewig wartet. D. Red.)

Oesterreich.

Wien, 30. Nov. [Widerlegung.] Der „Botschafter" erklärt die Gerüchte von Ministerwechsel und von Meinungsverschiedenheit in dem Ministerium, betreffend die schleswig-holsteinsche Frage, für unbegründet und versichert dabei, daß die k. k. Regierung, stets treu ihren Bundespflichten, den von der Majorität des Bundestages gefaßten Beschlüssen bereitwillig nachkommen werde.

Wien, 30. Nov. [FZM. Kempen †.] FZM. Baron Kempen, bis 1859 Chef der obersten Polizeibehörde und Gensd'armerie, ist, wie der „Presse" telegraphisch gemeldet wird, in vergangener Nacht nach zweimonatlichem schmerzvollen Krankenlager an Herzlähmung in Schwarzau gestorben.

Großbritannien.

[Polenmeeting.] Am 26. d. M. wurde in Islington, einer Vorstadt von London, ein Meeting gehalten, um Sympathien für Polen auszusprechen. Den Vorsitz führte Lord Campbell. Die Parlamentsmitglieder Pope und Hennessy schlugen dem Meeting vor, seine Bewunderung für die Polen auszudrücken und zu erklären, Rußland habe die Verträge verletzt. Sie tadelten das Verfahren des Lord Russell und fügten hinzu, der Kaiser Napoleon würde Krieg für die Polen geführt haben, aber die englische Regierung habe sich geweigert, sich ihm zu diesem Zwecke anzuschließen. Das Meeting nahm außerdem die Resolution an, England müsse die Polen als Kriegführende anerkennen und erklären, der Zar habe seine Besitzrechte auf Polen verloren.

Schweden.

** **Stockholm,** 24. Novbr. [Skandinavische Allianz nicht abgeschlossen.] Der schwedische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf v. Manderström, erklärte heute auf dem versammelten Reichstage, woselbst außer ihm ausnahmsweise noch drei andere Minister erschienen waren, und woselbst zugleich die bedingungsweise zustimmende Antwort des Schwedenkönigs auf das Congreß-Einladungsschreiben des Kaisers Napoleon auf den Tisch gelegt wurde, daß die skandinavische Allianz nicht abgeschlossen, sondern nur vorbereitet worden sei. Meine früheren Auslassungen über diese wichtige Angelegenheit haben also heute aus zuverlässigstem Munde die Bestätigung erfahren, jedoch will ich den interessanten Gedankengang des Grafen Manderström wiederzugeben suchen, wenn ich referire: Schweden habe immer erklärt, daß es sich in den Streit zwischen Deutschland und Dänemark nicht gern einmischen wolle, allein es habe andererseits geäußert, daß es nicht mit Gleichgiltigkeit zusehen könne, wenn Deutschland die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Landestheile der dänischen Monarchie bedrohen wolle. Die Richtigkeit jener Anschauung sei jetzt zu Tage getreten. Eine Zergliederung des dänischen Königreiches werde offen von einem Prätendenten beantragt, dem nicht die Unterstützung fehle. Die mächtigsten Beschützer habe derselbe jedoch noch nicht gefunden und werde er dieselben, davon sei er (der Minister) überzeugt, auch nicht finden; eine Brandfackel aber sei nordwärts ausgeworfen worden, deren Schein selbst die schwedische Küste erreichen könne. Unter solchen Verhältnissen sei die Landesvertheidigung in Betracht zu ziehen. Niemand könne mit Bestimmtheit berechnen, welche Dimensionen ein möglicher Weise ausbrechender Krieg annehmen würde. Eins aber stehe fest, nämlich, daß ein Jeder an den eigenen Herd denken müsse, wenn er seine Pflicht erfüllen wolle. Wenn man Aufklärungen über die den Zeitungsberichten zufolge mit Dänemark gepflogenen Unterhandlungen erwarte, so könne er (Graf Manderström) bemerken, daß dieselben allerdings stattgefunden hätten, daß sie aber unter Hinzuziehung derjenigen mächtigeren Staaten erfolgt seien, zu denen Schweden in freundschaftlicher Beziehung stehe. Diese Unterhandlungen würden noch jetzt fortgesetzt und könne aus dem Grunde Niemand von der Regierung nähere Aufschlüsse erlangen. Daß in Folge solcher Regierungsschritte falsche Gerüchte in Umlauf gesetzt worden seien, sei nicht die Schuld der schwedischen Regierung, und die Nicht-Widerlegung derselben wahrscheinlich aus dem Umstande entsprungen, daß die Uebertreibung Dänemark habe zum Nutzen gereichen können. Schweden und Norwegen könne es indeß nicht verantworten, wenn Deutschland das stammverwandte schwächere dänische Volk unterdrücken wolle (!!). Allein könne das vereinigte Reich freilich nicht Dänemark beschützen, jedoch sei zu hoffen, daß Europa nicht das von Deutschland beabsichtigte schreiende Unrecht (!!) dulden würde. Dazu sei die schwedische Regierung in Kopenhagen und an anderen Orten in befriedigender Weise repräsentirt.

Griechenland.

Athen, 20. November. Der englische und französische Gesandte übergaben ihre Beglaubigungsschreiben, letzterer auch ein Schreiben Napoleons. Oberst Botzaris, während der Revolution Minister, und der Marine-Capitän Stamatelos wurden zu Adjutanten des Königs ernannt. Der türkische Gesandte in London wurde beauftragt, über Athen seinen Weg zu nehmen, um den König zu beglückwünschen. Deputationen zur Begrüßung des Königs sind aus Konstantinopel, Smyrna und Alexandrien angekommen. Die Nationalversammlung verbot, binnen 10 Jahren einen Vorschlag zur Rehabilitirung der sechs ottonischen Minister zu machen, kassirte alle während der Revolution erfolgten Ernennungen von Bürgern zu Ministern, sowie die Einreihungen ins Invalidencorps. Die Vorschläge zur Kassirung aller seit der nauplianer Revolte erfolgten Avancements und ertheilten Pensionen wurden einem Ausschusse überwiesen. Bei der Beeidigung der hiesigen Garnison waren gegen 1000 Soldaten und fast eben so viele Offiziere anwesend. Ein Artilleriecorps ist hier eingetroffen. Die Ex-Minister Botzaris und Simos sind angekommen. Der Pascha von Larissa verbot dem dortigen griechischen Consul und hellenischen Unterthanen, die Ankunft des Königs Georg zu feiern.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 21. November. Das Einladungsschreiben Napoleon's zum Congresse wurde dem Sultan gestern übergeben. (Am 19. wollte man in Paris schon die Antwort des Sultans kennen.) Für den Neubau des abgebrannten Palastes an der Serailspitze wird der Concurs ausgeschrieben. Der unlängst hier angekommene tscherkessische Abgeordnete wird nächstens die westeuropäischen Hauptstädte besuchen, um Beistand zu erbitten. Die neue Telegraphen-Linie zwischen Otranto und Valona wird nächstens eröffnet. Die Patriarchen von Konstantinopel, Alexandrien, Jerusalem, die serbischen Metropoliten und der Clerus vom Berge Athos überreichten der Pforte und den Vertretern der garantirenden Mächte einen Protest gegen die Klosterdecrete des Fürsten Cusa. Der großherrliche Commissär für Albanien, Ismail Pascha, ist nach Antivari abgegangen.

E. **Hirschberg,** 30. Nov. [Das unglückliche Ereigniß in Jannowitz] beim Grafen von Stolberg betreffend, erhalte ich soeben die direktesten Mittheilungen aus zuverlässiger Quelle und wäre demnach wiederum eine Crinoline die Ursache des traurigen Vorfalles. Den Mittheilungen zufolge ist die 12jährige Tochter des Herrn Grafen in einem Zimmer des oberen Stockes gewesen, um einen Fackelzug, welchen der dasige Militärverein zur Verherrlichung der Feierlichkeiten veranstaltet hatte, zum offenen Fenster hinaus bequemer betrachten zu können. Bei dem Anschauen hatte sich dieselbe über die Fensterbrüstung hinausgebogen und so war durch die Körperbiegung die Crinoline nach hinten sich mit den leicht feuerfangenden Kleiderstoffen aufspreizend wahrscheinlich einem seitwärts stehenden Lichte zu nahe gekommen. Die Aermste wurde erst mit der sich nur zu bald geltend machenden Wärme die schreckliche Gefahr, welche sie bedrohte, inne, und floh entsetzt zum Zimmer hinaus, die Treppe hinunter und in die Arme des ihr begegnenden Kammerdieners des Hauses. Der schreckliche Anblick hatte den Mann so erschüttert und erschreckt, daß er kraftlos und einer energischen That ganz unfähig war. Aber mit Geistesgegenwart hatte der herbeieilende Vater eine Tischdecke erfaßt und damit, die Flammen erstickend, sein unglückliches Kind umschlungen. Wie bekannt, war leider alles vergeblich.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 30. Nov. 10 U. Ab.	337,66	—0,2	SO. 2.	Trübe.
1. Dezbr. 6 U. Mrg.	337,40	—1,8	SO. 2.	Trübe.

Breslau, 1. Dez. [Wasserstand.] O.-P. 13 F. 10 Z. U.-P. — F. 10 Z.

Breslau, 30. Nov. [Wollbericht.] Im abgelaufenen Monat wurden circa 6000 Ctnr. Wolle aller Gattungen, großentheils jedoch russische Rücken- und Fabrikwäsche, an zollvereinsländische Kämmer und Spinner, Tuchfabrikanten aus nahe gelegenen Fabrikorten und aus dem Rheinlande verkauft; auch waren die hiesigen Commissionshäuser thätig im Markte. Die angelegten Preise waren zum Theil niedriger wie im Oktober und bleiben Verkäufer bei den noch reich assortirten Lägern zum Verkauf sehr willig.

Die Handelskammer. Commission für Wollberichte.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 30. Nov., Nachm. 3 Uhr. Die Börse war in Folge einer heute erschienenen Broschüre über die Ablehnung Englands flau. Die Rente eröffnete zu 66, 70, machte dann 66, 57½ und schloß in matter Haltung zu 66, 65. Credit-Mobilier und italienische 5proz. Rente flau; französisch-österr. Staatsbahn fest. Consols von Mittags 12 Uhr waren 90¾ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 66, 65. Italien. 5proz. Rente 71, 45. Italien. neueste Anleihe —. 3proz. Spanier —. 1prz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenb.-Aktien 392, 50. Credit-Mobilier-Aktien 1037, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 515, —.

London, 30. Nov., Nachm. 3 Uhr. Silber 61⅜. Türkische Consols 45⅞. Consols 90¾. 1proz. Spanier 47¼. Mexikaner 36¼. 5proz. Russen 92. Neue Russen 87. Sardinier 86½.

Der Dampfer „China" ist mit 257,000 Doll. an Contanten von Newyork in Cork eingetroffen. — Der fällige Dampfer aus Westindien ist angekommen.

Wien, 30. Nov., Nachm. 12½ Uhr. Haltung unentschieden. 5prozent. Metalliques 74, 15. 4½proz. Metalliques 65, —. 1854er Loose 91, 70. Bank-Aktien 783, —. Nordbahn 167, —. National-Anlehen 80, 90. Credit-Aktien 177, 60. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 186, —. London 120, 75. Hamburg 90, 50. Paris 47, 60. Gold —. Böhmische Westbahn 151, 50. Neue Loose 137, 75. 1860er Loose 91, 70. Lomb. Eisenbahn 251, 50.

Frankfurt a. M., 30. Nov., Nachm. 2½ Uhr. Fonds und Aktien im Allgemeinen höher. Die Ultimoregulirung ging leicht von statten. Finnl. Anl. 84 B. Schluß-Course: Ludwigsh.-Bexbach 139. Wiener Wechsel 95⅜. Darmst. Bank-Aktien 209 B. Darmst. Zettel-Bank 248½. 5proz. Metall. 58. 4½prozentige Metalliques 52 B. 1854er Loose 71. Oesterreichische National-Anleihe 64. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 175 B. Oesterreichische Bankantheile 757. Oesterreich. Credit-Aktien 168½. Neueste österreichische Anleihe 75½. Oesterr. Elisabetbahn 108. Rhein-Nahebahn 24½. Hessische Ludwigsbahn 123.

Hamburg, 30. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Matte Stimmung, geschäftslos. Disconto unverändert. Kalt bei scharfem Winde. Schluß-Course: National-Anleihe —. Oesterr. Credit-Aktien 70½ B. Vereinsbank 103½. Norddeutsche Bank 100¾. Rheinische 91 B. Nordbahn 52 B.

Hamburg, 30. Nov. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, ab Dänemark Frühjahr stille. Roggen unveränderr bei fehlender Kauflust. Oel stille, loco und pr. Dezbr. 24, pr. Mai 25. Kaffee 2800 Sack Santos pr. „Odin" schwimmend nach Holland verkauft. Zucker fest, stille. Zink verkauft 500 Ctr. loco zu 11¾.

Liverpool, 30. Novbr. [Baumwolle.] 8,000 Ballen Umsatz. — Preise fest.

London, 30. November. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen Bohnen und Erbsen einen, Hafer und amerikanisches Mehl einen halben Schilling höher als am vergangenen Montag. Mahlgerste einen halben Schilling niedriger. Wetter kalt.

Amsterdam, 30. November. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen loco preishaltend, Termine 2 Fl. höher. Raps April 68, Herbst 70 nominell. Rüböl Nov. 39¾, Mai 39.

Berlin, 30. Nov. Die Vorstellungen, die die Börse aus den neuesten Nachrichten über die politische Lage gewonnen hat, lassen diese befriedigender erscheinen als in der vergangenen Woche. Dieser Umstand, in Verbindung mit einem recht fühlbaren Mangel an effectivem Material in österreichischen Papieren, gab der Börse eine feste Haltung und stützte die Hausse in der Liquidation, während bei fixen Verkäufen der Ecart gegen den Cassacours sich beträchtlich erweiterte. Der erwähnte Mangel an Stücken brachte eine Courssteigerung von circa 1 pCt. in den österreichischen Papieren hervor, und erhöhte die Deports für dieselben von ¼ für Credit bis auf ¾ für 60er Loose. Auch im Uebrigen hatte die Börse eine festere Haltung, doch blieb das Geschäft wesentlich auf Regulirungen beschränkt. Namentlich war in Eisenbahn-Actien der Verkehr ohne Lebhaftigkeit, in den meisten Fällen waren Verkäufer selbst nur bei Coursnachlässen zu finden. Preußische Fonds waren beliebt, das Geschäft zwar nur mäßig, dagegen Staatsschuldscheine ½ pCt. höher (87½), auch 4proz. Anleihen (94½), dagegen 5proz. und 4½proz. nur ⅛ billiger zu lassen. Prioritäten wurden häufig höher bezahlt, namentlich 4½proz. Rheinische und IV. Köln-Mindener. Der Schluß der Börse war wieder fester, nachdem sie mit Beginn der zweiten Geschäftsstunde etwas matter geworden war. Geld war flüssig, namentlich für Prolongationen.

(B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 30. November 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anl.	4½	98⅜ G
Staats-Anl. von 1859	5	103⅜ bz.
dito 1850. 52	4	94½ bz.
dito 1854	4½	98⅜ bz
dito 1855	4½	98⅜ bz.
dito 1856	4½	98⅜ bz.
dito 1857	4½	98⅜ bz.
dito 1859	4	98⅜ bz.
dito 1853	4½	94½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	87½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	118 G.
Berliner Stadt-Obl.	4½	— —
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	87½ B.
Pommersche	3	87 bz
Posensche	4½	— — —
dito	3	— —
dito neue	4½	91¼ bz.
Schlesische	3	89¾ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk	4	94½ G.
Pommersche	4	94½ bz.
Posensche	4	92¼ G
Preussische	4	94 bz.
Westph. u. Rhein	4	95½ G
Sächsische	4	95 bz.
Schlesische	4	96 G.

Louisd'or 110 bz. | Oest. Bankn. 81⅞ bz.
Goldkronen 9.6¼ bz. | Poln. Bankn. — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques	5	61 B.
dito Nat.-Anl.	5	66 à 66¼ bz.
dito Lott.-A. v. 60	5	75½ à ¼ à ¾ bz. B
dito 54er Pr.-A.	4	71½ G.
dito Eisenb.-L.		75 bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	86½ bz u B.
dito 4½% Anl.	4½	— — —
dito Poln. Sch.-Ob.	4	71 à 70 bz
Poln. Pfandbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	78⅞ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	84 B.
dito à 300 Fl.	5	87 B
dito à 200 Fl.		— —
Kurhess. 40 Thlr.	—	54⅛ etw bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	Verloosung

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märkische	4½	98 G.
dito II.	4½	97 B.
dito IV.	4½	— — —
dito III. v. St. 3½ g.	3½	79½ B.
Cöln-Minden	4½	98 G
dito II.	5	101¾ G.
dito	4	— — —
dito III.	4	— — —
dito	4½	95 bz.
dito IV.	4	89½ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	— — —
dito III.	4½	— — —
Niederschl. Märk.	4	93½ bz.
dito conv.	4	93½ G.
dito III.	4	— —
dito IV.	4½	— — —
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	98½ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C. u. D.	4	— — —
dito E.	3½	79¾ bz.
dito F.	4½	95½ G.
Oest. Franz.	3	252 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	254 G.
Rhein v. St. gar.	4½	— — —
Rhein.-Nahe-B. gar.	4½	98 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	Cours
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	91½ G.
Aachen-Mastrich	—		4	25¼ bz.
Amsterd-Rottd.	5 1/15	6	4	101 etw. bz.
Berg.-Märkische	6½	6½	4	103 bz.
Berlin-Anhalt	8¼	8½	4	148 bz.
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	115 G.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	179 bz.
Berlin-Stettin	$7\frac{7}{12}$	$7\frac{5}{12}$	4	123¾ bz.
Böhm. Westb.		—	5	61¾ bz.
Breslau-Freib.	6⅞	8	4	127 bz.
Cöln-Minden	12¼	12⅝	3½	169¼ bz.
Cosel-Oderberg.	—	½	4	47 bz.
dito St.-Prior	—		4½	— —
dito dito	-	-	5	— — —
Ludwgsh.-Bexb.	8	9	4	136 G
Magd.-Halberst.	22½	25½	4	— — —
Magd.-Leipzig	17	17	4	— — —
Magd.-Wittenbg.	1⅙	1 1/12	4	63 G.
Mainz-Ludwgsh.	7	7½	4	121¼ bz.
Mecklenburger	2⅞	2⅓	4	58¾ à ⅛ bz.
Neisse-Brieger	3½	4⅔	4	81 b.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	95 bz.
Niedrschl. Zwgb.	1½	$2\frac{11}{12}$	4	55¼ bz
Nord., Fr.-Wilh.	3	3½	4	53¼ à 52¾ bz.
Oberschles. A.	7 1/15	$10\frac{11}{12}$	3½	145½ à ¼ bz.
dito B.	7 1/15	$10\frac{11}{12}$	3½	136½ bz
dito C.	7 1/15	$10\frac{11}{12}$	3½	146½ à ¼ bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 7/10	—	5	102 bz
Oestr.südl. St.-B.	[illegible]		5	138⅛ bz.
Oppeln-Tarn.	⅚	2⅓	4	49⅜ bz.
Rheinische	5	6	4	92¾ bz.
dito Stamm-Pr.	5	6	4	102 G.
Rhein-Nahebahn	—	—	4	20⅛ bz.
Rhr.Crf.K.Gldb.	3¼	4½	3½	97 B.
Stargard-Posen	4	6	3½	97 bz.
Thüringer	6⅔	7⅔	4	122 bz.

Bank und Industrie-Papiere.

	1861	1862	Zf.	Cours
Berl. Kassen-V.	5¼	5¼	4	112 G.
Braunschw. B.	4	4	4	69 G.
Bremer Bank	5¼	4	4	104 G.
Danziger Bank	6	6	4	96½ B.
Darmst. Zettelb.	8¼	9	4	99 G.
Geraer Bank	5¼	7¼	4	94 B.
Gothaer „	4½	5½	4	87½ G.
Hannoversche B.	4½	5	4	95 G
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	100 B.
„ Vereins-B.	5 1/15	6 1/15	4	103 G.
Königsberger B.	5¼	5½	4	100 B.
Luxemburger B.	10	10	4	102 B.
Magdeburger B.	3 1/15	4 1/15	4	87½ B.
Posener Bank	5¼	5¼	4	92 B.
Preuss. Bank-A.	4 7/10	6 1/15	4½	120 bz.
Thüringer Bank	2⅝	3	4	68¼ G.
Weimar „	4	5	4	86¾ B.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	103 B.
Coburg. Credb. A.	3	8	4	88⅛ B.
Darmstädter „	5	6½	4	83 bz.
Dessauer „	—	-	4	2⅜ bz.
Disc.-Com.-Ant.	6	7½	4	92¾ à 93¼ bz
Genfer Credb. A.	2	3½	4	48 etw. à 46½ b. G.
Leipziger „	3	3	4	69½ B.
Meininger „	6	7	4	90¾ bz.
Moldauer Lds.-B.	—	2 1/15	4	28½ G
Oesterr. Credb. A.	7¾	8½	5	72 à 71½ à ¾ bz.
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	97 B.
Minerva	—		4	20 etw. bz.
Fbr. v. Eisenbbdf.	—	—	4	89¾ bz.

Berlin, 30. Novbr. Weizen loco 50—60 Thlr. nach Qualität, feiner bunter poln. 56 Thlr. ab Kahn. bez. — Roggen loco feiner alter 36—¼ Thlr. ab Kahn, bez., neuer 36—⅝ Thlr. ab Bahn und Kahn bez., Nov. 36—¼ Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. und Dezbr.-Jan. 36—⅛—36 Thlr. bez. Frühjahr 37¼—½—¼ Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 38—¼—38 Thlr. bez. und Gld., ¼ Thlr. Br. — Gerste, große und kleine 31—35 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 21—23 Thlr., warthebrucher 21½ Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Novbr. und Novbr.-Dezbr. ohne Handel, Frühjahr 23¼ Thlr. bez., Mai-Juni 23⅝ Thlr. Br. Juni-Juli 23⅞—24 Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 38—48 Thlr. — Winterraps 84—86 Thlr. — Winterrübsen 82—84 Thlr. — Rüböl loco 12 Thlr. bez., Novbr. 12—11⅚—$11\frac{23}{24}$ Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 11⅚—¾—⅚ Thlr. bez., Dezbr.-Jan. 11⅔ Thlr., Jan.-Febr. 11⅝ Thlr. bez., April-Mai $11\frac{7}{12}$—$\frac{13}{24}$—$\frac{7}{12}$ Thlr. bez. und Gld., ⅝ Thlr. Br., Mai-Juni 11⅔ Thlr. Br. — Leinöl 14⅓ Thlr., Lieferung pro April-Mai 12¾ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 14⅓—⅙ Thlr. bez., Novbr., Novbr.-Dezbr. und Dez.-Jan. 14¼—$\frac{1}{12}$ Thlr. bez. und Gld., ⅛ Thlr. Br., Jan.-Febr. $14\frac{5}{12}$—⅓ Thlr. bez., April-Mai 15—$14\frac{11}{12}$ Thlr. bez. und Gld. 15 Thlr. Br., Mai-Juni 15⅓—⅙ Thlr. bez. und Gld., ¼ Thlr. Br., Juni-Juli $15\frac{7}{12}$—½ Thlr. bez.

Breslau, 1. Dezbr. Wind: Ost. Wetter: trübe. Thermometer Früh 1° Kälte. Bei lustlosem Geschäftsverkehr waren Preise am heutigen Markte ohne Aenderung.

Weizen beschränktes Geschäft, pr. 84 Pfd. weißer 54—69 Sgr., gelber 53—61 Sgr., feinster vereinzelt über Notiz bezahlt. — Roggen matt, pr. 84 Pfd. 40—43 Sgr., feinster bis 44 Sgr. bezahlt. — Gerste vernachlässigt, pr. 70 Pfd. weiße 36—38 Sgr., gewöhnliche 30—35 Sgr. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 26—28 Sgr. — Erbsen wenig beachtet. — Wicken wenig angeboten. — Schlesische Bohnen still. — Schlaglein billiger erlassen. — Oelsaaten wenig beachtet. — Rapskuchen fest, 49—53 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	54—63—68	Wicken	45—47—50
Gelber Weizen	53—58—62		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	40—42—44	Schlag-Leinsaat	150—170—190
Gerste	30—35—39	Winter-Raps	190—200—210
Hafer	25—27—28	Winter-Rübsen	180—188—200
Erbsen	46—52—56	Sommer-Rübsen	150—164—174

Kleesaat beschränkter Umsatz, rothe ordinäre 10—10½ Thlr., mittle 11—11⅔ Thlr., feine 12—12⅓ Thlr., hochfeine bis 13 Thlr., — weiße ordinäre 10—12⅔ Thlr., mittle 13¾—15¾ Thlr., feine 16¾—17¾ Thlr., hochfeine 18—19 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee 5½—7½ Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 26—36 Sgr., Metze 1¼—1¾ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco und Dezember 11⅓ Thlr., pr. Frühjahr 11¼ Thlr. Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco und Dezember 13⅚ Thlr. Frühjahr 14½ Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.